

Rechtsgebiet: 10. Großherzogtum Sachsen-Weimar. (Schluß.)

II. Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts.

Stimmberechtigt sind alle Bürger. Jedoch ruht das Stimmrecht so lange, als ein Bürger Armenunterstützung bezieht, im Konkurse befangen ist, sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet und seine im letztverflossenen Kalenderjahre fällig gewordenen Gemeindeabgaben nicht bezahlt hat. Frauen sind stimmberechtigt.

Ausnahmsweise steht auch Nichtbürgern ein Stimmrecht zu, nämlich:

1. juristischen Personen, die ihren Sitz in der Gemeinde haben und in ihrem Bezirke Grundstücke besitzen oder Gewerbe betreiben,
2. solchen physischen und juristischen Personen, deren der Gemeindesteuer unterworfenen Einkommen das gemeindesteuerpflichtige Einkommen eines der drei höchstbesteuerten Bürger übersteigt.

Voraussetzung der Ausübung des Wahlrechts ist die Aufnahme in die vom Gemeindevorstande aufzustellende Stimmliste.

III. Voraussetzungen des passiven Wahlrechts.

Wählbar sind alle stimmberechtigten männlichen Bürger, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und „die zur Bekleidung eines Gemeindeamtes erforderliche Achtung genießen“. Nicht wählbar sind Gemeindebeamte, die eine ständige Befoldung beziehen, und Beamte der Aufsichtsbehörden.

IV. Besteht eine Klasseneinteilung der Wähler?

Es wird gesetzlich unterschieden zwischen solchen Gemeinden, die am 18. Januar 1854

1. mehr als 2000 Einwohner,
2. bis zu 2000 Einwohner umfaßten.

Bei den ersteren gilt allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht.

Bei den unter 2 genannten Gemeinden haben

- a) alle Bürger, die ein Einkommen bis zu 500 Mk. haben, eine Stimme,
- b) alle Bürger mit höherem Einkommen für jede vollen 500 Mk. mehr eine weitere Stimme.

Wenn die Stimmenzahl eines Einzelnen ein Drittel der Zahl der Stimmen sämtlicher Stimmberechtigten in der Gemeinde übersteigt, so ruhen die über jenes Drittel ansteigenden Stimmen so lange, als dieses Verhältnis dauert.

V. Besteht eine Klasseneinteilung der zu Wählenden?

Nein.